

# Standpunkt

## Verfassungskonflikte in Osteuropa

### Die Krise des liberalen Rechtsstaats



#### Martin Mendelski

ist seit 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter am MPIfG. Er promovierte 2014 an der Universität Luxemburg. Für seine Doktorarbeit über die Auswirkungen der EU auf die Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in den mittel- und osteuropäischen Staaten (Polen, Rumänien und Moldawien) erhielt er den „THESEUS Award for Promising Research in European Integration“. Mendelski war Gastprofessor an der Alexandru-Ioan-Cuza-Universität im rumänischen Iași, weitere Gastaufenthalte führten ihn unter anderem an die Harvard University, an das Europäische Hochschulinstitut in Florenz, an die Bilkent-Universität in Ankara und die Europäische Rechtsakademie in Trier.

*Forschungsinteressen:* Rule of Law, Good Governance und Spielarten des Kapitalismus in Zentral- und Osteuropa, Soziologie der Korruption, Staatslehre und politische Soziologie

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Verfassungskrisen. Bisher manifestierten sich Verfassungskonflikte und der Streit um den Rechtsstaat hauptsächlich in den östlichen Staaten der Europäischen Union, etwa in Polen, Ungarn oder Rumänien. Gegenbewegungen und

füllen möchte. Denn die aktuellen Verfassungskonflikte in Polen, Ungarn und Rumänien zeigen, dass der abstrakte und liberale Rechtsstaat es hier nicht schafft, die Eliten und „ihr“ Recht an die Gesellschaft zu binden, die Demokratie zu stärken und politische Einheit zu fördern.

---

In Osteuropa hat die von der Gesellschaft entbettete Form des Rechtsstaats für viele Normalbürger versagt.

---

verfassungsrechtliche Spannungen gibt es derzeit in Spanien und jüngst auch in Italien. Weitere Mitgliedsländer könnten in Zukunft folgen. Um eine Kettenreaktion zu verhindern, tritt die Europäische Kommission zunehmend autoritär auf und versucht, die „illiberalen Unrechtsstaaten“ mit Überwachungs- und Sanktionsmechanismen zum Einlenken zu bringen. Ist dies wirklich sinnvoll?

Die Anhänger der liberalen Demokratie und des legalen Konstitutionalismus betrachten die Gegenreformen, Verfassungsänderungen und Eindämmungen der Justiz als Bedrohung der europäischen Werte und des Rechtsstaats. Für die Anhänger einer republikanischen Demokratie sind die nationalen Gegenbewegungen jedoch keine Gespenster, sondern der Geist einer erwachenden und sich emanzipierenden Nation, die einen entpolitisierten „Rechtsstaat der Eliten und Experten“ mit eigenen Werten

In Osteuropa hat diese von der Gesellschaft entbettete Form des Rechtsstaats für viele Normalbürger versagt. Der ideale Gedankenrechtsstaat der Eliten wurde nicht zum realen Rechtsstaat aller Bürger. Von außen und innen instrumentalisiert, konnte er keinen Konsens zwischen dem Staat und der breiten Bevölkerung herstellen. Stattdessen führte er zur Polarisierung der Gesellschaft und der Eliten. Die Schaffung einer neutralen Sphäre der guten Regierungsführung (*good governance*) und der Rechtsstaatlichkeit, mit der sich die internationale Gemeinschaft einen Konsensus erhoffte, kann nunmehr als ein gescheiterter Zivilisations- beziehungsweise Europäisierungsprozess gesehen werden. Während der liberale Rechtsstaat in Westeuropa die politische Einheit gefördert hat, wurde er in vielen Ländern Osteuropas als politische Waffe im Kampf der konkurrierenden Interessengruppen instrumentalisiert.



Der polnische Verfassungsgerichtshof in Warschau. Die aktuellen Verfassungskonflikte in Polen, Ungarn und Rumänien zeigen, dass der abstrakte und liberale Rechtsstaat es hier nicht schafft, die Eliten und „ihr“ Recht an die Gesellschaft zu binden, die Demokratie zu stärken und politische Einheit zu fördern.

Gegen die so wahrgenommenen pathologischen Effekte der liberalen Europäisierung wehrt sich nun ein Großteil der Gesellschaft – vor allem die Bevölkerung in den Peripherien, die nicht vom liberalen Elitenrechtsstaat profitiert haben –, indem sie Politiker wählt, die den Einfluss der Judikative eindämmen und den politischen Teil der Verfassung stärken wollen. In den letzten Jahrzehnten war dies aufgrund der Fragmentierung des Parteienstaates sowie der kurzen Amtszeiten der Justizminister kaum möglich. Jeder Reformversuch wurde als parteipolitisch motivierter Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz stets zurückgewiesen.

Mit der Konsolidierung des Parteiensystems ist ein transformativer Umbau möglich. Die populäre Gegenbewegung, die zurzeit in Polen und Ungarn stattfindet, hat sich das Ziel gesetzt, den normativen, liberal-formalistischen Gedankenrechtsstaat mithilfe von Nationalbewusstsein, Tradition, Sittlichkeit und christlichen Werten näher an die Bevölkerung heranzuführen. Man will den *entbetteten* liberalen Rechtsstaat wieder in die Gesellschaft *einbetten*; man will dessen abstrakte Formen wieder mit greifbaren In-

halten füllen. Dazu aber sind Legitimität, ein gesellschaftlicher Konsens und nicht zuletzt eine Vision davon nötig, wie der neue „demokratische Rechtsstaat“ nach polnischer, rumänischer und ungarischer Spielart aussehen soll.

Historisch ist der Rechtsstaat als eine nationale Spielart entstanden (die englische „rule of law“, der deutsche „Rechtsstaat“, der französische „état de droit“). Er kann auch heute nur als nationale Variante funktionieren und eben nicht als eine ideale Ansammlung von besten Praktiken, Konventionen und internationalen Rechtsstaatsprinzipien, die als Checklisten (*laundry lists*) in Brüssel und Straßburg entworfen werden. Der demokratische, real existierende Rechtsstaat ist ein sozialer Rechtsstaat, der die Bedürfnisse, Probleme und Ängste der Bürger ernst nimmt, vor allem in Zeiten der Krise. Diesen demokratischen und gesellschaftlich eingebetteten Rechtsstaat wollen die Regierungen in Polen, Ungarn und Rumänien aufbauen. Die Europäische Kommission und die meisten Rechtsexperten zweifeln daran und fordern die Rücknahme der Reformen. Sie schützen den elitären Jurisdiktionsstaat

### Zum Weiterlesen

Mendelski, M.:

**Verfassungskrisen in Osteuropa: Zwischen europäischer und nationaler Einheit.** [www.mpifg.de](http://www.mpifg.de), 2018.

<https://tinyurl.com/sp-mendelski-osteu>

Mendelski, M.:

**De-politicization by Europeanization: The Emergence of the Fragmented State in South Eastern Europe.**

In: *Governance and Constitutionalism: Law, Politics and Institutional Neutrality.* (Hg.) B. Iancu und S. E. Tănăsescu. Routledge, New York 2018, im Erscheinen.

Mendelski, M.:

**The Rule of Law.**

In: *The Routledge Handbook of East European Politics.* (Hg.) P. Kopecký und A. Fagan. Routledge, New York 2018.

Mendelski, M.:

**Das europäische Evaluierungsdefizit der Rechtsstaatlichkeit.**

*Leviathan* 44 (3), 366–398 (2016).

Mendelski, M.:

**Europeanization and the Rule of Law: Towards a Pathological Turn.** *South-eastern Europe* 40 (3), 346–384 (2016).

Mendelski, M.:

**The EU's Rule of Law Promotion in Post-Soviet Europe: What Explains the Divergence between Baltic States and EaP Countries?** *Eastern Journal of European Studies* 7 (2), 107–140 (2016).

und verhindern so eine mögliche Transformation zu einem sozialen Gerechtigkeitsstaat. Dürfen die bürokratischen Aufseher aus Brüssel die Entwicklung einer osteuropäischen Variante des demokratischen Rechtsstaats mittels Vertragsverletzungsverfahren und potenziellen Sanktionen unterbinden? Dieser und weiteren Fragen im Kontext der *rule of law* widmet sich meine aktuelle Forschung.